

# «Gehören wir nicht auch zum Volk?»

Gestern feierte der Kanton Basel-Landschaft 50 Jahre Frauenstimmrecht – ein Blick zurück und nach vorne

VON OLIVIA MEIER

Die junge Frau stellt sich breitbeinig und mit geballten Fäusten vor das Mikrofon. «Ich bin stolz darauf, dass es vor 50 Jahren so mutige Frauen gab, die für unser Recht gekämpft haben. Ich hoffe, dass ich in den nächsten 50 Jahren ein Teil weiterer wunderbarer Veränderungen sein kann.» Diese Botschaft hallte vorgestern an der Jubiläumsfeier «50 Jahre Frauenstimmrecht Kanton Basel-Landschaft» in Endlosschleife durch das Amphitheater in Augusta Raurica. Die Aussage ist stark. Sie erinnert aber auch an eine Zeit, als es noch nicht selbstverständlich war, dass Frauen im Kanton Baselland an die Urne gehen oder gar ein politisches Amt besetzen dürfen. An eine Zeit vor 1968.

Das erste Mal sichtbar wird der Kampf um das Stimm- und Wahlrecht für Frauen im Kanton Baselland 1862. Mutige Sissacherinnen tun sich zusammen und stehen für ihre Rechte ein. «Gehören wir nicht auch zum Volk?», fragen sie in der Öffentlichkeit. Nein, gibt diese deutlich zurück. Drei Mal wird das Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene klar abgelehnt, wie Unterlagen des Staatsarchivs Baselland belegen. Zum ersten Mal 1926, dann 1946 und schliesslich noch 1955.

1957 gibt es eine erste Ausnahme. Bei einer Abstimmung zum Einbezug der Frauen in den Zivildienst denken sich fünf Schweizer Gemeinden: Da sollen Frauen auch mitbestimmen dürfen. Sie lassen also bei dieser einen Abstimmung auch Frauen an die Urne. Unter den fünf Gemeinden ist der Baselder Ort Niederdorf.

## Empörung an der Jubiläumsfeier

Vom definitiven Frauenstimmrecht ist Baselland aber zu diesem Zeitpunkt noch weit entfernt. Das zeigte auch Regierungsrat Anton Lauber in einer Rede auf, die er am Donnerstag zur Feier des Jubiläums hielt. Er las aus einem Interview, das ein Mann 1963 gab, Folgendes vor: «Wenn wir uns auseinandersetzen, hat es keinen grossen Wert. Wir sollten schon gleicher Meinung sein», sagte der Herr über den Gedanken, seine Frau könnte abstimmen gehen. Die etwa zweihundert Anwesenden riefen empört aus, lachten über die abwegige Antwort oder schauten leicht geschockt.

Erst drei Jahre nach diesem Interview ändert sich grundlegend etwas. Mit 8321 zu 6210 Stimmen wird die «Verfassungsrevision zur Ermöglichung der stufenweisen Einführung des Frauenstimmrechts» angenommen. Der erste Schritt ist getan. Bei einer weiteren Abstimmung 1967 wird der Ergänzung der Staatsverfassung zugestimmt. Am 23. Juni 1968 kommt



1968 dürfen die ersten Frauen im Kanton Basel-Landschaft an die Urne gehen.

ZVG/SRF

## Gleichberechtigung ist ein Generationenprojekt: Laufen: Filmvorführung und Podium vor 250 Gym-Schülern

Es ist laut und wirblig in der Aula des Gymnasiums Laufental-Thierstein. 250 Schülerinnen und Schüler sitzen und warten auf die Filmvorführung von «Die göttliche Ordnung». Vom 18. bis 22. Juni 2018 wurde der Film in Sondervorstellungen im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums des kantonalen Frauenstimmrechts gezeigt. Im Publikum sitzt neben Grünen-Nationalrätin Maya Graf, Schauspielerinnen Rachel Braunschweig und Landrat Klaus Kirchmayr auch Ursula Häberling. 90 Jahre ist sie alt und war die erste Frau im Gemeinderat von Ettlingen. «Das habe ich genauso erlebt»,

sagt Häberling oft, wenn im Film mit feinem Humor die beklemmende rechtliche Situation der Frauen in der Zeit vor der Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene am 7. Februar 1971 gezeigt wird. Während der Vorführung gibt es viel Gelächter und oft ungläubiges Gemurmel. Die Schwestern kommen nicht vor. Auf dem anschliessenden Podium wird Häberling gefragt, wann sie angefangen habe, sich für die Rechte der Frauen zu wehren. Die Ausbildung zur Handarbeitslehrerin, so Häberling, sei die einzig akzeptierte Ausbildung für Mädchen gewesen. Für die Europarede

von Winston Churchill 1946 in Zürich, hätten die Mittelschulen frei bekommen. Nur die Handarbeitslehrerinnen nicht. Das sei der Wendepunkt gewesen, sie sei der Schule ferngeblieben. «Wissen sie», sagt sie in den Raum, «es heisst, ein einzig Volk von Brüdern wollen wir sein. Von Schwestern ist da nirgends die Rede. Das hat mich immer gestört». Die Jugendlichen in Laufen interessieren sich für die Frauenquote, den obligatorischen Militär- oder Zivildienst für Frauen und fragen, warum die Schweiz so lange gebraucht hat, das Frauenstimmrecht einzuführen. Den Podiumsteilnehmerinnen ist wichtig, zu vermitteln, dass es auch die

dann schliesslich der grosse Moment: Nicht nur das Frauenstimmrecht, sondern auch das Frauenwahlrecht werden angenommen. Baselland ist nach Basel-Stadt somit der zweite deutschsprachige Kanton, der dem Frauenstimm- und -wahlrecht zustimmt.

«Die Zeit dafür war reif», sagt Regula Nebiker, Staatsarchivarin. Sie sieht zwei Gründe für die Annahme des Rechtes. Zum einen stand zu dieser Zeit die Idee der Wiedervereinigung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt im Raum. Viele Frauen zeigten sich dem gegenüber skeptisch. Deshalb stimmten auch konservative Männer dem Frauenstimmrecht zu, in der Hoffnung, dies würde die Wiedervereinigung verhindern. Der viel wichtigere Punkt sei jedoch ein anderer, so Nebiker. «Baselland hatte zu dieser Zeit einen enormen Wachstumsschub.» Dadurch fand auch eine gesellschaftliche Veränderung statt, sie wurde modernisiert.

Heute ist unvorstellbar, dass Frauen einst nicht wählen durften. Auch Regierungsrätin Monica Gschwind betonte das in ihrer Rede. «Ich war erst fünf, als das Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Ich kenne nichts anderes, es ist selbstverständlich für mich», sagte sie. Auch bei einer Podiumsdiskussion zwischen zwei Frauen unterschiedlicher Generationen wurde klar: Es hat sich viel getan. Die ältere Dame sprach von Zeiten, als sie noch nicht wählen durfte und nur mit ihrem Mann über Politik diskutierte. Für eine junge Maturandin unvorstellbar. Sie beide waren sich einig, dass die Frauen auch in Zukunft weiterkämpfen müssen. Nach den Reden, der Diskussion und musikalischen Beiträgen, werden die Lautsprecher wieder eingeschaltet. Die Botschaft der jungen Frau klingt abermals durchs Theater und begleitet die Besucherinnen und Besucher auf dem Heimweg.

## Gegen Baustellen und Drogen

Die Jugendbefragung 2017 gibt Einblick in die Ängste und Wünsche der Basler Jugendlichen.

VON DELPHINE CONZELMANN

Zum ersten Mal seit vier Jahren hat das statistische Amt 2017 wieder eine grossflächige Jugendumfrage im Kanton Basel-Stadt durchgeführt. Diese soll der Politik Hinweise über die Bedürfnisse der Basler Kinder und Jugendlichen liefern. Dabei unterscheiden sich die Wünsche und Beschwerden der Jugendlichen oft kaum von denen älterer Generationen. Auf die Frage, was sich ändern soll, wären die Jungen an der Macht, meinte ein 12-jähriger Junge: «Mehr Bänke für alte Leute (mein Opa regt sich die ganze Zeit auf).» Und während die Antwort auf die Frage, woran sich die Jungen in Basel am meisten stören, in den letzten Jahren noch ein «Nichts» war, waren es 2017 die vielen

Baustellen, die den Jugendlichen am meisten zu schaffen machten.

Auch im Bezug auf die Drogenpolitik haben viele Jugendliche eine restriktive Haltung: «Betrunkene Menschen» gehören zu den meistgenannten Problemen der Stadt. So sind es dann auch solche «unangenehme Personen», die die Jungen dazu veranlassen, gewisse Orte in Basel aktiv zu meiden.

### Alte Wünsche und Rollenbilder

Mit der Kriminalstatistik korreliert das Sicherheitsgefühl der Jugendlichen allerdings selten: «Meist haben diese Umfragewerte mit der aktuellen Berichtserstattung mehr zu tun als mit realen Zahlen», erklärt Mathias Bestgen, Projektleiter der Jugendbefragung. Trotz Ängsten zeichnet sich die Jugend gegenüber der Erwachsenenwelt noch immer durch ihre kreativen Träume aus, meint Bestgen: «Wünsche von Kindern brauchen nicht realistisch zu sein. Ob eine grosse Halle zum Scooterfahren und Trampolinspringen realisierbar ist, steht nicht im Vordergrund. An-

bringen kann man die Idee ja einmal.» Das haben sich wohl auch jene gedacht, die es mit der zeitlosen Forderung nach «weniger Schule» versucht haben.

Conradin Cramer, Vorsteher des Erziehungsdepartements, will auch aus solchen Resultaten der Befragung lernen: «Wir müssen angesichts der aktuellen Tendenz sehr vorsichtig sein, die Stundenpläne nicht zu überlasten.» Sorge bereitet den Jugendlichen allerdings nicht nur die Schulzeit selbst, sondern, was darauf folgen soll. Gegenüber den letzten Umfragen zeigten sich besonders Gymnasiasten 2017 deutlich planloser, was ihre Zukunft betrifft. Diejenigen, die dennoch bereits eine Vorstellung ihrer späteren Karriere haben, spiegeln trotz schulischem Fokus auf Geschlechtergleichheit die Rollenbilder vergangener Jahrzehnte: Jungen zieht es in die Wirtschaft, während Mädchen sich noch immer in Pflegeberufen sehen.

## Geistiger Unterbau der künftigen Spitalregion

Wertedebatte am Basler Forum Gesundheitswirtschaft

Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) steht vor einer politischen Meisterprüfung. Zusammen mit seinem Baselder Amtskollegen Thomas Weber (SVP) muss er im Herbst die Vorlagen zur gemeinsamen Spitalregion durch die Parlamente bringen.

Das Forum Gesundheitswirtschaft, das am Donnerstag und Freitag im Basler Volkshaus stattfand und das unter anderem vom Gesundheitsdepartement organisiert wird, stand entsprechend unter dem Titel «Wert und Werte im Gesundheitswesen». Obwohl die Fachtagung von nationalem Charakter war, war die Gründung der Spitalregion beider Basel ein Leitmotiv. Engelberger argumentiert vor allem mit dem Systemwechsel von prioritär stationären zu ambulanten Behandlungen für die Fusion. In der Wertedebatte mischten sich Bischof Felix Gmür sowie Gesundheitsökonominnen, Ärzte und Spital-

direktorinnen. Die Hauptaussage: Was Wert hat, kostet. Doch was welchen Wert haben soll im Portfolio der Gesundheitsversorgung, darüber wurde sich das Forum doch nicht einig. Klar war, was Santesuisse-Präsident und SVP-Nationalrat Heinz Brand am Abschlusspodium sagte: «Es gibt noch massives Sparpotenzial im System.» In Kassenvertreter Brand fand Engelberger auch einen entscheidenden Befürworter für die Spitalregion, die, wie es der Regierungsrat sagte, zu einer wirtschaftlicheren und patientenfreundlicheren Gesundheitsversorgung beitragen soll. Thomas Gasser, Dekan der Mediziner an der Uni Basel pflichtete bei: Wesentlich in der Planung sei eben auch, dass der Forschung Rechnung getragen werde, deren Kosten zwar genauer aufgerechnet werden könnten als sonstwo, doch deren Wert sich selten in nackten Zahlen zeige. (ANS)